2018/46 Interview

https://www.jungle.world/artikel/2018/46/die-katastrophe-wurde-abgewendet

Long Read: Adam Tooze, Wirtschaftshistoriker, im Gespräch über die Krise 2007/2008 und ihre Folgen

»Die Katastrophe wurde abgewendet«

Interview Von **Pavlos Roufos Bernd Beier**

Deutschland habe sich während der Eurokrise aus politischen Gründen unkooperativ und unilateral orientiert und kritisierte die Versuche anderer zur Krisenbekämpfung, während es das Ausmaß der Verstrickung seiner eigenen Finanzinstitute heruntergespielte. Das, unter anderem, sagt der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze im Gespräch mit der »Jungle World« über die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, die Rolle Deutschlands darin und ihre Folgen bis heute.

Das Ausmaß und der globale Charakter der Finanzkrise von 2007/08 werden oft übersehen oder heruntergespielt. In Ihrem neuen Buch »Crashed« dagegen erscheinen sie als wesentlich, um die weitreichenden Folgen der Krise zu erklären. Könnten Sie Ihre Argumentation kurz skizzieren?
Wenn man sich das Ausmaß der Erschütterung von 2008 vor Augen führen will, steht man vor dem Problem, dass man dazu eine Art kontrafaktische Geschichte schreiben muss. Natürlich kann man heute sagen: »Die Große Depression ist letztlich ausgeblieben, und Sie behaupten, es war sogar schlimmer als die Große Depression? Die Wirtschaftsdaten sahen zwölf Monate lang schlecht aus, das stimmt, aber … «

Doch im September 2008 schien die Finanzwirtschaft weltweit vor dem Zusammenbruch zu stehen. Die internationalen Kapitalflüsse brachen um rund 95 Prozent ein – nicht allmählich, sondern ganz plötzlich.

Gleichzeitig schien es, als würde der Finanzkapitalismus, wie wir ihn kannten, sein Ende erleben. Und beides stimmt.

Was geschah genau im internationalen Finanzsektor?
In den USA ging es nicht nur um Lehman Brothers. Merrill Lynch wurde von der Bank of America gerettet. Goldman Sachs und Morgan Stanley waren in ernsthaften Schwierigkeiten. Die Citigroup ist bekanntlich im Grunde tot und hätte abgewickelt werden sollen. Die Liste ließe sich fortsetzen. Das wirklich Erstaunliche ist, dass dies für das gesamte nordatlantische Finanzsystem gilt. Wenn man sich die Daten der US-Notenbank

Federal Reserve Board (Fed) ansieht, wird deutlich, dass alle deutschen Großbanken – Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, Landesbanken – massive Liquiditätsprobleme hatten, das moderne Pendant zu einem Ansturm auf die Banken. Ein gesamtes System stand unter immensem Druck. Und das hat schnell auf die Realwirtschaft übergegriffen: Auch der Welthandel ist im Winter 2008/09 dramatisch eingebrochen.

Doch dann wurde die Katastrophe abgewendet. Obwohl die Gefahr eines totalen Zusammenbruchs viel größer war als 1929, ist eine zweite Große Depression in der nordatlantischen Ökonomie ausgeblieben.

Insofern könnte man eine Analogie zur Kuba-Krise von 1962 ziehen: Wir haben dem Weltuntergang ins Auge gesehen und ihn doch noch verhindert. Die Geschichte solcher Ereignisse ist verblüffend. Die Gefahr einer totalen Katastrophe ist real, Machtstrukturen und Vertrauen werden erschüttert – doch dann wird die Katastrophe abgewendet und schnell stellen sich wieder Bequemlichkeit und die alte Ordnung ein.

Mit Blick auf 2007/08 von einer US-amerikanischen Krise zu sprechen, ist also irreführend?
Ja, das ist nichts als eine europäische Schutzbehauptung. Zunächst einmal haben die europäischen Banken in der letzten und gefährlichsten Phase der Verbriefung von Subprime-Krediten eine erhebliche Rolle gespielt – ironischerweise auch mit amerikanischem Geld. Sie haben im Grunde als amerikanische Banken agiert, sich nämlich in Amerika Geld geliehen, um es eben dort zu verleihen. Die Globalisierung hat tatsächlich stattgefunden, Privatunternehmen haben sich grenzüberschreitend betätigt. Aber es gibt einen starken politischen Imperativ, die Krise national zu interpretierenen – besonders wenn man meint, dadurch die Verantwortung auf andere abwälzen zu können, anstatt sich den realen Folgen des globalisierten Systems zu stellen, das alle etablierten Parteien der westlichen Welt ab den siebziger Jahren mit geschaffen haben.
Hinzu kommt, was zur selben Zeit in Europa geschah. Wir sprechen gerne von einer amerikanischen Krise, aber die Immobilienblasen in Spanien und Irland waren proportional gesehen doppelt so groß wie in den USA.

Und beide sind 2007/08 geplatzt. Spanien musste nach 2008 unabhängig davon, was in der übrigen Euro-Zone passiert, in eine verheerende Rezession mit sehr hoher Arbeitslosigkeit rutschen. Anfangs konnte die spanische Regierung die Krise zwar noch eindämmen, 2012 folgten dann aber die wirklich bedrohlichen Bankenpleiten. Irland dagegen brachte sich mit seiner Kriseneindämmung an den Rand des Staatsbankrotts, ähnlich sah es in Großbritannien aus – ganz unabhängig vom Zusammenbruch von Lehman Brothers waren zwei der größten britischen Banken, RBS and HBOS, bankrott.

Einerseits meinen also die Amerikaner, das sei ihre Krise, da sie sehr borniert denken und die Fed der amerikanischen Bevölkerung ungern erklären will, was sie für globale Banken getan hat, andererseits schieben die Europäer die Schuld gerne den US-Amerikanern zu. Alle beschlossen, die Krise der Euro-Zone als ein Problem sui generis zu betrachten, das eindeutig nichts mit 2008 zu tun habe.

»Man könnte eine Analogie zur Kuba-Krise von 1962 ziehen: Wir haben dem Weltuntergang ins Auge gesehen und ihn doch noch verhindert.«

Wie sehen Sie Deutschlands Rolle in der Krise?
Das – sehr heterogene – deutsche Bankensystem hat auf allen Ebenen erheblichen Anteil an der Krise, weshalb es erstaunlich ist, dass deutsche Politiker die Krise so eifrig als eine US-amerikanische darstellen.

Das ist einerseits schlichter Eigennutz – man will die heiße Kartoffel weiterreichen. Aber es hat auch mit einer Geschichte angespannter transatlantischer Beziehungen zu tun, die mindestens bis zum Irak-Krieg zurückreicht. 2002/2003 hat sich die rot-grüne Bundesregierung als Gegengewicht zu George W. Bush und Tony Blair dargestellt. Jürgen Habermas und Jacques Derrida haben 2003 in ihrem Manifest die Metaphysik eines »gespaltenen Westens« postuliert – eine Verleugnung der Realität wirtschaftlicher und finanzieller Verflechtungen.

Selbst als die Bundesregierung im Herbst 2007 an der Rettung der Bank IKB gearbeitet hat, war sie fest entschlossen, die Krise nicht als ein europäisches Problem anzuerkennen. Der Deutschen Bank ist es gelungen, ihre Probleme an der Wall Street zu regeln, um die Peinlichkeit zu vermeiden, sich zu Hause mit Finanzminister Peer Steinbrück und Kanzlerin Angela Merkel auseinanderzusetzen.

Als die Krise im September 2008 Europa schwer erschüttert, fallen die Deutschen dadurch auf, dass sie nicht einmal auf der Ebene schlichter Kommunikation mit den anderen europäischen Regierungen kooperieren.

Das geht so weit, dass die britische Regierung ihre Botschaft in Berlin anruft und bittet, beim Bundesfinanzministerium anzuklopfen, um zu sehen, ob jemand da ist. Denn dort geht niemand ans Telefon!

Wann hat man das zuletzt gesehen, dass sich ein Botschafter um finanzpolitische Koordination bemühen muss?



Nach einem Studium in Cambridge und an der FU Berlin promovierte Adam Tooze 1996 an der London School of Economics and Political Science. 2009 wurde er Professor für moderne deutsche Geschichte an der Yale University und wechselte 2015 an die Columbia University in New York. In Deutschland wurde er durch seine Kritik an Götz Alys Buch »Hitlers Volksstaat« bekannt. 2006 veröffentlichte er sein Buch »The Wages of Destruction: The Making and Breaking of the Nazi Economy«. Kürzlich erschien sein Buch »Crashed.

Bild:
dpa / Ger Harley

Gibt es weitere Beispiele für ein eigenartiges Vorgehen Deutschlands?
Bemerkenswert ist auch die Abfolge der Ereignisse um den französisch-niederländischen Vorschlag für ein gemeinsames europäisches Vorgehen in der Krise. Die Benelux-Länder und Frankreich sind finanziell eng verflochten. Und es ist offenkundig, dass Irland mit der Rettung seiner Banken zu kämpfen hat, die too big to fail sind. Also schlagen die Franzosen vor, eine europäische Lösung auszuarbeiten. Ihre Idee, Bürgschaften und Rekapitalisierung gemeinsam anzugehen, ist noch im embryonalen Stadium. Doch die Deutschen verweigern sich komplett. Sie hat keine Chance. Als die Bundesregierung dann selbst angesichts eines möglichen Ansturms auf die Banken unruhig wird, verkünden Steinbrück und Merkel einseitig eine umfassende Bürgschaft für deutsche Einlagen. Ohne jede Absprache. Auf dem Höhepunkt der Krise gibt es also eine sehr besorgniserregende Phase, in der die Deutschen nicht kooperieren, nicht kommunizieren und stattdessen unilateral agieren. Und sie haben schlichtweg zu viel Gewicht, als dass man ihnen das

erlauben könnte.

Dasselbe zeigt sich in der Finanzpolitik. Im Frühjahr 2009 dringen die Briten und Amerikaner beim Londoner G20-Gipfel auf ein großes Konjunkturprogramm, aber die Deutschen machen die Idee zunichte – eine gemeinsame Erklärung für ein solches Programm wird es nicht geben. Selbst in Deutschland können sie sich in der Großen Koalition kaum auf Konjunkturmaßnahmen einigen. Und schon gar nicht werden sie sich gegenüber den Briten und US-Amerikanern dazu verpflichten. Stattdessen will Berlin über Derivate, Hedge Fonds und Steueroasen reden. Das alles sollte fraglos reguliert werden, ist kurzfristig für die Bewältigung der Krise aber unerheblich. Die Briten und US-Amerikaner haben viel stärker die Rekapitalisierung und Liquidität der Banken im Blick. Die Bundesregierung interpretiert diesen Drang, das Feuer unverzüglich zu löschen, moralisch: »Ihr wollt davon ablenken, dass ihr eure Hausaufgaben nicht gemacht habt und wie defekt euer Finanzsystem ist.« Aber erstens war auch Deutschlands Finanzsystem defekt, und zweitens helfen mittel- und langfristige Reformen bei einer akuten Krise nicht. Sie können die Belastung sogar noch erhöhen.

Wie ging es weiter?
Ihren Abschluss findet die Geschichte 2009 mit der »Schuldenbremse«. Als sich die Große Koalition endlich doch noch auf ein Konjunkturprogramm einigt, wird dies durch das Abkommen konterkariert, in Zukunft keine neuen Schulden zu machen. Mit der »Schuldenbremse« hat Deutschland ein wesentliches Element des 2010 einsetzenden Austeritätskurses eingeführt.

Kurz gesagt war Deutschland aus vielschichtigen politischen Gründen unkooperativ, unilateral orientiert und kritisierte die Versuche anderer zur Krisenbekämpfung, während es das Ausmaß der Verstrickung seiner eigenen Finanzinstitute in die Krise heruntergespielt hat. Wenn man mit Leuten wie Timothy Geithner (US-Finanzminister von Januar 2009 bis Januar 2013, Anm. d. Red) darüber spricht, zeigen die sich nicht überrascht. Denn genau dasselbe hat die Regierung Bill Clintons 1995 bei der Mexiko-Krise erlebt. Die Deutschen waren völlig unkooperativ und haben in den IWF-Gremien dagegen protestiert, Ressourcen für die Eindämmung einer Krise einzusetzen, von der die amerikanischen Banken stark betroffen waren. Für Geithner und Larry Summers (Wirtschaftsberater Barack Obamas, Anm. d. Red.) war das eine prägende Erfahrung.

Könnte man die Diskussion über die Schuldenkrise als eine Gelegenheit für die Deutschen sehen, grundlegende Prinzipien durchzusetzetzen, auf die sie die Euro-Zone schon immer verpflichten wollten?
Ja. Für Finanzminister Wolfgang Schäuble war das zugleich Taktik und Strategie. Er wollte mehr Integration und Zusammenarbeit in der Euro-Zone. Aber ihm war klar, dass er seine euroskeptischen Wähler dafür nur mit dem Argument gewinnen konnte, dass sie zwar auf mehr Souveränität verzichten sollen, die anderen Länder sich aber im Gegenzug an dieselben Regeln halten müssen. Er weiß, dass das politisch unumgänglich ist. Wenn die deutschen Wähler nicht davon überzeugt sind, dass alle genauso durch die

»Schuldenbremse« diszipliniert werden wie Nordrhein-Westfalen, dann läuft das nicht. Es gibt in Deutschland deindustrialisierte Städte, die unter erheblichem finanziellen Druck stehen. Nordrhein-Westfalen bereitet es Probleme, die »Schuldenbremse« einzuhalten. Warum sollten für Griechenland andere Regeln gelten?

Fiskalische Disziplin ist für Schäuble deshalb eine Voraussetzung für mehr Integration. Gleichzeitig wird dieses Projekt von einem Verständnis der Globalisierung angetrieben, nach dem zu viel Sozialstaat und zu hohe Besteuerung der Wettbewerbsfähigkeit schaden. Angela Merkel führt ungemein gerne drei Zahlen an: 7–25–50 – auf Europa entfallen sieben Prozent der Weltbevölkerung, 25 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und 50 Prozent der weltweiten Sozialausgaben. Das sei nicht tragfähig, erklärt sie beharrlich. Deshalb gibt es eindeutig einen Abbau des Sozialstaats; in der Großen Koalition und im Finanzministerium sitzen Leute, die unter good governance einen deutlich schlankeren Staat verstehen.
Allerdings muss man eines hinzufügen, was sehr wichtig ist, um der deutschen Politik während der Krise nicht Unrecht zu tun: Verglichen mit Frankreich zeigen sich Bundesregierung wie Opposition seit 2009 offener für die Idee, die Gläubiger bluten zu lassen. Immer wieder sind es die Deutschen, die darauf bestehen, dass man über Schuldenstreichungen zulasten der Banken reden muss – wenn die Bundesregierung es nicht sagt, dann tut es die SPD. Insofern ist das deutsche Verständnis von Disziplin wesentlich ausgewogener als das der Europäischen Zentralbank (EZB). Zumindest im Prinzip gilt es gleichermaßen für Gläubiger wie Schuldner.
Inwieweit waren die politischen Maßnahmen gegen die Krise »trial and error«, inwieweit ein durchdachtes Konzept?

Zunächst würde ich sagen, dass die ab 2008 ergriffenen Maßnahmen in der einen oder anderen Variante auf der ganzen Welt angewendet werden. Denn so kompliziert ist es nicht – wenn man sich die Probleme halbwegs informiert ansieht, kommt man eben zu diesen Maßnahmen: Liquiditätsspritzen, Rekapitalisierung, Bürgschaften. Historisch stimmt es allerdings, dass bestimme Ideen eine sehr zentrale Rolle bei der Gestaltung von Politik spielen. Für die US-amerikanischen Führungsschicht war die prägende Erfahrung, die zu einem positiven Verständnis der Rolle der US-Regierung geführt hat, die Zeit des New Deal, des Zweiten Weltkriegs und schließlich des Marshall-Plans. Erst mit dem New Deal entsteht die heutige Form eines ausgedehnten Staats, mit einer Zentralbank, die vor allem Deflation verhindern soll. Die Lehre aus den Jahren 1929 bis 1933 lautet, dass eine wirklich dramatische Deflation dann auftritt, wenn die Banken pleite gehen.

In Deutschland spielte eine andere Interpretation der Geschichte eine Rolle...
Deutschland hat natürlich seine eigenen historischen Erbschaften. Es hat in den frühen dreißiger Jahren eine katastrophale Deflation erlebt, die die Weimarer Republik zerstört und Hitler den Weg gebahnt hat. Die historische Lehre, die die Bundesbank immer betont, lautet aber nicht, dass man Deflation verhindern muss, sondern dass Inflationsbekämpfung absolute Priorität haben sollte.

In den USA wurde die Situation 2008/09 in einer direkten Analogie zur Wahl von Franklin D. Roosevelt gesehen. Barack Obamas Messlatte waren die ersten 100 Tage der Roosevelt-Regierung. Das ist der Mythos der US-amerikanischen demokratischen Politik:

das Weiße Haus als Bühne für heroisches Handeln der Regierung. Obamas Team hat die Verabschiedung des Konjunkturprogramms als Notgesetzgebung inszeniert – der Kongress musste an Wochenenden tagen, um das Paket zu beschließen. Christina Romer, Obamas damalige oberste Wirtschaftsberaterin, ist Wirtschaftshistorikerin. Sie hat es ausdrücklich formuliert: Wir müssen mit unserem Konjunkturprogramm den New Deal noch überbieten. Die Gründe dafür, dass niemand Hitlers Konjunkturprogramm ab 1933 als Vorbild anführt, dürften auf der Hand liegen.

Was halten Sie von Vorschlägen, als Alternative zum bisherigen Krisenmanagement zum Nationalstaat zurückzukehren?
Die Krise von 2008 hatte eine solche Wucht, Reichweite und Geschwindigkeit, weil sie eine Implosion der Bilanzen von Privatunternehmen war – ein moderner Ansturm auf die Banken. Und dessen Antrieb sind nicht makroökonomische Kräfte, sondern ein Vertrauensverlust privater Anleger in transnationale Märkte. Die Lehre, die Politiker, Manager und die für die Kriseneindämmung zuständigen Behörden daraus ziehen, lautet daher, dass diese Bilanzen, diese Banken, eine direkte Steuerung benötigen. Insofern zwingt die Wirklichkeit, wie jede marxistische Kritik prognostizieren würde, selbst eine dogmatische bürgerliche Ideologie dazu, sich der Tatsache zu stellen, dass die Weltwirtschaft von riesigen transnationalen Konzernen beherrscht wird.

Das Jahr 2008 hat gezeigt, dass man buchstäblich nichts begreift, wenn man keinen Einblick in die Bastionen des Finanzsektors hat. Bei einem weltweiten Zusammenbruch des Internets würden wir uns nicht lange mit der US-amerikanischen Handelsbilanz aufhalten. Interessieren würde uns vielmehr, was bei dem kapitalistischen Internet-unternehmen passiert ist, bei dem es zum Absturz kam. Und nichts anderes ist letztlich im Finanzsystem geschehen. Wenn wir statt der Nationalökonomie die transnationalen Konzerne in den Blick nehmen, könnte das radikale Konsequenzen haben, weil die keynesianischen Verharmlosungen der Lage dann nicht mehr funktionieren. Wenn die Welt von Konzernen dieser Größenordnung beherrscht wird – und das ist eine unumkehrbare Verschiebung –, dann ist ein Festhalten an nationalen Kategorien nur Selbsttäuschung. Das ist gegenwärtig die Lehre aus der Krise. Eine »Rückkehr zum Nationalstaat« ist illusorisch, sofern sie nicht mit einer wirklich radikalen Umgestaltung der Weltwirtschaft einhergeht.

Sie erkennen an, dass das Krisenmanagement für zahllose Menschen katastrophale Folgen hatte, behaupten aber, ohne die ergriffenen Maßnahmen wäre die Situation noch schlimmer gewesen. Gab es also keine Alternative?
Natürlich könnten wir uns eine Welt ausmalen, in der ein wirklich demokratischer und legitimer Souverän entschlossen, energisch und intelligent auf die Krise reagiert – eine Regierung, die – wie das Putin-Regime – nicht davor zurückschreckt, zur Befriedigung des Strafbedürfnisses ein paar Oligarchen durch die Mangel zu drehen und ins Gefängnis zu stecken, aber auch ein großes Konjunkturprogramm auflegt und die Zentralbank anweist, - dafür zu sorgen, dass dadurch keine Panik an den Anleihemärkten entsteht. Eine Regierung, die eine Währungsabwertung zulässt, um gegenüber China etwas wettbewerbsfähiger zu werden, und das Ganze mit einer Mobilisierung von basisdemokratischen, kulturellen und sozialen Organisationen abrundet, um fortschrittliche Politik dauerhaft abzusichern.

Das wäre eine Art Turbo-Version des New Deal. Der hat sogar Maler, Künstler und Schriftsteller organisiert – mit der Begründung, dass sie ebenfalls arbeitslos sind, Arbeit brauchen, Kunst produzieren können und man sie dafür bezahlen sollte – und damit eine der bedeutenden kulturellen Hinterlassenschaften Amerikas im 20. Jahrhundert hervorgebracht. Ich bin mir sicher, dass sich die optimistischen Syriza-Politiker so ihre Regierung vorgestellt haben. Jede demokratische Politik sollte das Ziel haben, so zu sein.

Das ist so nicht eingetreten...

Gehen wir einfach mal davon aus, dass das aus vielen verschiedenen Gründen unrealistisch ist. Dann befinden wir uns in einer Welt, in der es um die zweit- oder drittbeste Option geht. Was die Krise vor diesem Hintergrund nüchtern betrachtet illustriert, ist der Unterschied, ob man von halbwegs gut organisierten, egoistischen Kapitalisten und ihren Gehilfen regiert wird oder in einer Ordnung lebt, in der Unternehmensinteressen ebenfalls dominieren, sich aber gegenseitig lähmen und auch in völlig dysfunktionaler Weise das politischen System im Allgemeinen. Am Ideal gemessen ist weder das eine noch das andere Szenario schön, in beiden Fällen werden furchtbare Dinge getan. Aber im ersten Fall begreifen die Kapitalisten den fordistischen Grundgedanken, dass die Arbeiter die Produkte kaufen müssen, die man herstellt, und es folglich besser ist, wenn sie nicht arbeitslos sind. Höhere Löhne können nicht schaden.

Die Fed zielt auf Vollbeschäftigung. Ben Bernanke, vor seinem Wechsel zu einem Hedgefonds ihr Präsident, ist ein Konservativer mit einem sozialen Gewissen, der aus sehr bescheidenen Verhältnissen kommt. Er besucht die ärmsten Gegenden Amerikas und weist die Fed an, regionale Ungleichheiten zu untersuchen. Die Fed hat eine Art sozialpolitische Agenda. Bernanke hat 2012 erklärt, dass der Leitzins bei null bleiben wird, bis die Arbeitslosenquote auf sechs Prozent gefallen ist. Auch die Fed soll für Preisstabilität sorgen, doch niemand außerhalb der EZB hatte zu diesem Zeitpunkt wirklich Inflationsängste. Bernankes quantitative easing (quantitative Lockerung, eine expansive Geldpolitik zur Erhöhung der Liquidität, Anm. d. Red.) ist nicht gerade das, was man sich unter einer effizienten Konjunkturmaßnahme vorstellt, sondern eine Art letztes Mittel. Aber es ist eine Wirtschaftspolitik, die intelligent funktioniert.

Und jetzt vergleiche man das mit der Euro-Zone, wo es offenbar Leute gibt, die eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent in einem Land von der Größe Spaniens für einen akzeptablen Zustand halten. Wenn man das US-Amerikanern konkret schildert, sehen sie einen ungläubig an. Spanien ist so groß wie Texas. Wie würde die US-Regierung reagieren, wenn es in Texas 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit gäbe, nicht unter benachteiligten schwarzen, sondern unter weißen Jugendlichen mit einem Schulabschluss? Wahrscheinlich würde Texas selbst den Notstand erklären und ein Konjunkturprogramm auflegen.

Dass Spanien nach dem Platzen der Immobilienblase gegen die Wand fahren musste, ist klar. Aber warum zum Teufel gibt es keine spezielle Arbeitsmarktpolitik für Regionen, die besonders hart getroffen werden, sondern nur das drakonische Standardprogramm des Fiskalpakts? Große Ausgaben für bestimmte Regionen sind der EU schließlich nicht fremd, wie man in Osteuropa, besonders in Polen, sehen kann. Die Antwort kennen wir natürlich: Sie liegt in Schäubles offenbar unentrinnbarer Logik von Regeln und Regelbefolgung sowie in Deutschlands eigener verdrehter politischen Ökonomie. Daraus resultiert ein scharfer

Kontrast – zwischen einem oligarchischen System in den USA, das ein recht kompetentes Krisenmanagement betreibt, und einem in Europa, dessen politische Anlage die Krise in der Euro-Zone über 2009 hinaus fortdauern lässt, bis heute.

Übersetzung aus dem Englischen: Felix Kurz

Texte von Adam Tooze finden sich unter **adamtooze.com.**

© Jungle World Verlags GmbH